

13. September 2020
Kommunalwahl NRW

Forderungen des DGB Dortmund zur Kommunalwahl 2020



Einmischen Wählen gehen



Forderungen des DGB Dortmund



Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Dortmunder Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Wer die Zukunft gestalten will, muss sich den Herausforderungen stellen und diese sozial, ökologisch fair und demokratisch gestalten. Mit der Initiative „Stark im Wandel“ stellen sich die DGB Gewerkschaften in NRW diesen Herausforderungen. Das erwarten Gewerkschafter*innen in Dortmund auch von ihren Kommunalpolitiker*innen und ihrer Verwaltung.

Die Arbeitswelt befindet sich in drastischen Umbrüchen. Der Klimawandel beeinflusst die Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die demographische Entwicklung und die weltweiten Migrationsbewegungen verändern die Zusammensetzung der Arbeitsbevölkerung erheblich. Die Corona Pandemie stellt uns vor erhebliche Herausforderungen und belegt, dass die sich weiter differenzierten globalisierten Liefer- und Arbeitsketten neue transnationale Abhängigkeiten mit sich bringen.

Der DGB Dortmund und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen, dass Dortmund auch zukünftig „Stark im Wandel“ ist. Daher setzen sich die Dortmunder DGB Gewerkschaften für eine Wirtschafts-, Industrie- und Dienstleistungspolitik ein, die dem sozial-ökologischen Wandel verpflichtet ist. Diese muss die Wirtschaft stabilisieren, Konjunkturimpulse geben, gute Arbeit schaffen und die Forderung nach einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Unternehmenskultur sowie den ökologischen Umbau miteinander verbinden. Auch müssen diese Ziele immer in Verbindung mit einer gerechten Sozial- und Bildungspolitik stehen, die die Teilhabe an der Gesellschaft und Chancengleichheit in Dortmund ermöglicht.

Viele Grüße

Jutta Reiter
DGB-Stadtverbandsvorsitzende Dortmund

Forderungen des DGB Dortmund

Masterplan für „Gute Arbeit“

Seit Jahren arbeitet die Stadt Dortmund anstehende Herausforderungen über die Erstellung von Masterplänen ab und ist damit durchaus erfolgreich. Der DGB und seine Gewerkschaften in Dortmund fordern einen Masterplan „Gute Arbeit für Dortmund“. Mit einem solchen Masterplan gibt es ein effizientes Instrument zur strategischen Ausrichtung der Kommunalpolitik und der Verwaltung.

Gute Arbeit ist existenzsichernd, entgeltgleich, tarifgebunden, mitbestimmt, sozialversichert, unbefristet und diskriminierungsfrei. Sie ist nachhaltig, wenn sie menschliche Entwicklung fördert und zugleich negative Auswirkungen auf uns und kommende Generationen verhindert. Gute Arbeit schafft Karrierechancen, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten und stärkt die berufliche Entwicklung jedes Individuums. Sie macht nicht krank, verbindet Privates und berufliches, ist alterns- und altersgerecht. Gute Arbeit wälzt unternehmerische Risiken nicht auf Beschäftigte ab, sondern schützt vor wirtschaftlichen Gefahren und vermeidet Erwerbs- und Altersarmut sowie Lohn- und Sozialdumping.

Dieses Leitbild soll die Grundlage für die zukünftigen Entscheidungen des Dortmunder Rates sein.

In Dortmund konnte in den letzten Jahren die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten und der Erwerbstätigen insgesamt erfolgreich erhöht werden. Auch die Zahl der Arbeitslosen konnte zeitweise unter 10 Prozent gesenkt werden. Leider sind aber viele Beschäftigungsverhältnisse in Dortmund nicht durch gute Arbeit gekennzeichnet. Fast 20 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind im Niedriglohnbereich tätig. Fast jede 5. Person ist prekär beschäftigt, d.h. sie arbeitet ungewollt unter 20 Stunden die Woche, im Minijob, befristet oder in Leiharbeit. Mehr als 55.000 Menschen arbeiten in Minijobs, davon 17.800 im Nebenjob. Auch die Zahl der Soloselbstständigen und der Werksvertragsarbeitsverhältnissen wächst. Mehr als 15.000 Vollzeitbeschäftigte arbeiten unterhalb der Niedriglohnschwelle. Fast 13.000 Menschen sind gezwungen ihren Lebensunterhalt durch Transferleistungen aufstocken, davon sind mehr als 8.000 in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis.

Dortmund lebt von der Arbeitsleistung seiner Menschen. Sie schaffen Wohlstand, Binnennachfrage, Produkte und Dienstleistungen. Daher dürfen die Rahmenbedingungen von Arbeit der Stadt Dortmund und der Kommunalpolitik nicht egal sein.



Einmischen Wählen gehen



Tarifverträge in Dortmund

In den Betrieben liegt die Tarifbindung bundesweit bei nur noch 27 Prozent. Zwar gibt es eine relativ große Anzahl die erklären, sich freiwillig an Tarifverträgen zu orientieren. „Orientierung“ kann jedoch sehr Unterschiedliches bedeuten und ist in meistens mit einer deutlichen Abweichung von Tarifstandards nach unten verbunden.

„Als Gewerkschaftsmitglied im verdi Fachbereich Medien, Kunst und Industrie, mit seiner ganzen geballten Vielfalt, sehe ich viele, sehr viele prekär arbeitende Kolleginnen und Kollegen in Dortmund. Wie z.B. Zeitungszustellerinnen, Kinobeschäftigte und nicht zuletzt Honorarkräfte an der Musikschule Dortmund. Ich habe, als Medienberaterin einer Tageszeitung, selbst erlebt wie wichtig Tarifverträge sind. Ohne sie heißt das häufig schlechte Bezahlung und ohne Personalvertretung/ Betriebsrat weniger Arbeitnehmerrechte.“



Barbara Köster-Ewald

Für den DGB und seine Gewerkschaften sind damit auch folgende Fragen verbunden:

- Wie können Kulturinstitutionen in den Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge eingeordnet werden, um sie zu stärken und finanziell abzusichern?
- Welche kommunale Unterstützung gibt es zur Durchsetzung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen?
- Wie wird seitens der Stadt die betriebliche Mitbestimmung gefördert und der Aushöhlung des Betriebsverfassungsgesetzes entgegengewirkt?
- Wann wird vom Rat die Forderung an den Bundesgesetzgeber gestellt, keine tariflose Mitgliedschaft der Arbeitgeber in den Berufsverbänden zuzulassen?

Masterplan für „Gute Arbeit“

Tarifbindung und Mitbestimmung

Tarifverträge sorgen für sozialen Ausgleich und schaffen Stabilität in einem unsicheren Umfeld. Nur Tarifverträge gewährleisten, dass sich Unternehmen einem freien Wettbewerb über Qualität und nicht über Lohndumping stellen.

Dortmund soll seine Möglichkeiten, das öffentliche Interesse an einer höheren Tarifbindung herzustellen, deutlich stärker nutzen. Unternehmensverbände, die nicht tarifgebundene Unternehmen vertreten, dürfen z.B. keine gleichberechtigten Gesprächspartner der Stadt sein.

Die betriebliche Mitbestimmung ist Voraussetzung für wirtschaftliche Krisenfestigkeit. Die Stadt Dortmund und der Rat müssen sich deshalb offensiv für eine Kultur pro Tarifvertrag und pro Mitbestimmung einsetzen. Dies gilt auch für die Unternehmensmitbestimmung in kommunalen Tochterunternehmen und beginnt bereits bei der Wahl von Arbeitnehmervertreter*innen. Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit in kommunalen Unternehmen ist es zwingend notwendig, dass die Arbeitnehmerseite ihre Vorschläge einbringt. Das Vorschlagsrecht der Arbeitnehmerseite ist zu akzeptieren, wird nicht durch den Rat ausgehebelt und unterliegt keinem Parteiproporz.

Die kommunalen Tochterunternehmen stehen beim Thema Tarifbindung natürlich unter einer besonderen Vorbildfunktion. Wir erwarten bei der ServiceDO gGmbH die überfällige Anbindung an den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVÖD).

Die Stadt Dortmund prüft vor dem Einsatz von Leiharbeit, auch bei den städtischen Töchterunternehmen, ob eine Beschäftigung mit eigenem Personal sinnvoll und möglich ist. Mit den zuständigen Betriebsräten ist dabei ein einvernehmliches Vorgehen festzulegen.



Masterplan für „Gute Arbeit“

Vergabe und Allgemeinverbindlichkeit

Immer mehr Unternehmen entziehen sich der Tarifbindung, damit sind sinkende Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen verbunden. Unsere Sozialversicherungskassen verlieren Einnahmen und die Stadt Steuereinnahmen. Schlimmer noch, durch Transferbedingungen und -leistungen müssen schlechte Löhne durch Steuermittel aufgestockt werden. Dortmund agiert in der Vergabe fair. Tarifbindung hat in unsere Stadt einen hohen Stellenwert, das muss auch zukünftig so bleiben.

Der DGB Dortmund fordert im Vorfeld einer Vergabe die zuständigen Gewerkschaften anzuhören. Im Handwerk werden Aufträge nur an Innungsbetriebe vergeben. Nachunternehmerinsatz ist bei Vergaben stark zu beschränken und lokale und regionale Unternehmen mit Tarifbindung sind vorzuziehen.

TARIFBAUSTELLE

Verstöße gegen den Mindestlohn

Mindestlohnverstöße sind keine Kavaliersdelikte. Sie kommen den Beschäftigten und der Allgemeinheit teuer zu stehen. Auch in Dortmund decken Zoll und Gewerkschaften immer wieder Verstöße gegen den Mindestlohn auf, sei es im Gastronomie- oder im Baugewerbe, im Dienstleistungsbereich, oder zum Beispiel im letzten Jahr auf dem Dortmunder Weihnachtsmarkt.

Die DGB Gewerkschaften fordern die Stadt auf besonders in kritischen Bereichen auf die Einhaltung des Mindestlohns hin zu wirken und sicherzustellen, dass den Beschäftigten arbeitsrechtliche Informationen über die Gewerkschaften vor Ort ausgehändigt werden können.

Rückhalt aus der Politik in Dortmund

Die Rahmenbedingungen von Arbeit dürfen der Stadt Dortmund und der Kommunalpolitik nicht egal sein. Leider sind aber viele Beschäftigungsverhältnisse in Dortmund nicht durch gute Arbeit gekennzeichnet. Fast jede 5. Person ist prekär beschäftigt, d.h. sie arbeitet ungewollt unter 20 Stunden die Woche, im Minijob, befristet oder in Leiharbeit. Fast 13.000 Menschen sind gezwungen ihren Lebensunterhalt durch Transferleistungen aufstocken



Dieter Spangehl

„Als Betriebsrat und NGG Mitglied weiß ich, wie wichtig der Rückhalt aus der Politik und der Verwaltung für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Dortmund ist. Den brauchen wir nicht nur dann, wenn Unternehmen umstrukturieren, Flächen brauchen oder dicht machen wollen, sondern auch, um in Unternehmen gute Arbeit umzusetzen, prekäre Beschäftigung zu beseitigen und gute Löhne zu sichern. Dazu braucht es nicht nur eine klare Haltung, sondern auch den Mut zum Handeln.“

Für den DGB und seine Gewerkschaften sind damit auch folgende Fragen verbunden:

- Wie wird sich die Stadt zu der momentan praktizierten Leiharbeit bei den Westfalenhallen zukünftig verhalten?
- Wie steht die Stadt zum Vorschlagsrecht der Beschäftigten für die Besetzung der Arbeitsdirektorenposten in den städtischen Gesellschaften? Welchen Stellenwert hat deren Votum?
- Welche kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sind vorgesehen, um Erwerbs- und Altersarmut sowie Lohn- und Sozialdumping in Betrieben zu bekämpfen?
- Können Politik und Verwaltung sich vorstellen, einen Masterplan Gute Arbeit zeitnah einzurichten?

Masterplan für „Gute Arbeit“

Wirtschaftsförderung ausschließlich für gute Arbeit

Kommunale Wirtschaftsförderung muss mit einer aktiven Strukturpolitik und Beschäftigungsförderung verbunden sein. Sie muss sich am Erhalt und der Schaffung neuer Wertschöpfungsketten für alle Qualifikationsstufen orientieren. Dabei sind die Stärkung der industriellen Basis, der Ausbau erneuerbarer Energien und die Technologieförderung von besonderer Bedeutung. Die Wirtschaftsförderung muss sich dem Ziel verpflichten, Unternehmen anzusiedeln, in denen Sozialpartnerschaft gelebt wird und tarifgebunden Arbeitsplätze gefördert werden. Auch bei der Umsetzung der Europäischen Strukturfonds sollte die Wirtschaftsförderung stärker die Kriterien der guten Arbeit beachten: Tariflöhne, unbefristete sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze und Mitbestimmung sind als besonders förderungswürdige Kriterien aufzunehmen.

Kommunale Akteure aus Gewerkschaften, Unternehmen, Wissenschaft, Weiterbildenden, Job Center und Agentur für Arbeit müssen durch die Politik frühzeitig sinnvoll vernetzt und in Planungen einbezogen werden. Das hat Dortmund in den letzten Jahren stark gemacht und das muss auch in Zukunft so bleiben, um den Wandel zu bewältigen.

Fachkräfte und duale Ausbildung stärken

Innerhalb der nächsten sieben Jahre werden in Dortmund mehr als 33.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus dem aktiven Arbeitsleben aussteigen. Daher ist die Ausbildung und Entwicklung von Fachkräften eine längst überfällige Aufgabe.

Dortmund hat das erkannt. Die Ausbildungsbereitschaft bei der Stadt und ihren kommunalen Unternehmen ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Das begrüßen die Dortmunder Gewerkschaften sehr. Leider ist diese Entwicklung bei vielen Dortmunder Unternehmen noch nicht angekommen. Das regionale Bildungsbüro der Stadt stärkt seit Jahren gemeinsam mit den Schulen die duale Ausbildung.

Mit den Arbeitsmarktakteuren ist ein starker Einsatz nötig, damit alle interessierten jungen Menschen in eine Ausbildung einsteigen können.

Fort- und Weiterbildung müssen auch in Zukunft gestärkt werden. Die beratenden Unterstützungseinrichtungen müssen in Dortmund auch in der Zukunft weiterbestehen.



Masterplan für „Gute Arbeit“

Kommunale Arbeitsmarktstrategie

Die kommunale Arbeitsmarktstrategie (KAS) hat einen Anteil an der Senkung der Arbeitslosigkeit in Dortmund. Wir brauchen auch weiterhin einen sozialen Arbeitsmarkt! Und dies bei gleichwohl sinkenden Arbeitslosenzahlen, als auch gerade jetzt wo auf Grund der Corona Krise die Zahl der Arbeitslosen wieder steigt und die Zahl der Langzeitarbeitslosen in unserer Stadt noch immer überdurchschnittlich hoch ist.

Der Erfolg der KAS lag vor allem in der Bündelung der unterschiedlichen Aktivitäten der Arbeitsmarktakteure mit dem Ziel die Arbeitslosigkeit und vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit zu senken und an ihren gemeinsamen Initiativen sowie am Mut der Stadt Dortmund auch neue Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beschreiten. Ein Nachlassen ist auch in Zukunft hier für den DGB nicht denkbar.



Beschäftigte in der Verwaltung und den kommunalen Unternehmen

Seit Anfang der 1990er Jahre fand im öffentlichen Dienst ein massiver Personalabbau statt. Für die Mitarbeiter*innen entstand dadurch eine wachsende Leistungsverdichtung, in Dortmund kommen derzeit auf 1000 Einwohner*innen nur noch knapp 68 Beschäftigte in der Verwaltung. Aber auch die Bürger*innen spüren den Leistungsverlust im Öffentlichen Dienst z.B. beim Bürgeramt. Mit dieser Entwicklung geht auch ein Attraktivitätsverlust des Öffentlichen Diensts einher, den sich die Gesellschaft nicht leisten kann. Wer gute Dienstleistungen in einer Stadt will, braucht im Öffentlichen Dienst, in der Verwaltung und den kommunalen Unternehmen gute Arbeit.

In Dortmund haben 58.000 Haushalte mit durchschnittlich 1,9 Personen ein mtl. Nettoeinkommen von unter 1.100 € und 91.000 Haushalte beziehen ein mtl. Nettoeinkommen von 1.000 bis 2.000 €. Damit sind sie definitiv von Altersarmut bedroht oder leben bereits in Altersarmut (Stand 2019).

Altersarmut in Dortmund



Frank Arend

„Gute Arbeit? Nun ja. Viel macht »gute Arbeit« aus. Auch das, was ihr nach einem Erwerbsleben folgt. Wer etwa in Dortmund (median) durchschnittlich verdient ist auch nach einem durchgehenden Erwerbsleben bei aktuellen Leistungen der Rentenkasse altersarm. Aber ein System, welches nicht zu einer tragenden Rente führt, kann nicht »gut« sein. Nicht gut für den Erwerbstätigen, nicht gut für eine Gesellschaft, nicht gut für die Wertschätzung von Erwerbstätigkeit. »Gute Arbeit« ist keine ohne »tragendes Einkommen«, und das ist keins, wenn es keine »tragende Rente« ermöglicht..“

Für den DGB und seine Gewerkschaften sind damit auch folgende Fragen verbunden:

- Wird sich die Stadt auf allen ihr zur Verfügung stehenden Kanälen und Arbeitszusammenhängen dafür einsetzen, das zumindest eine tarifliche Bezahlung fester Bestandteil der Dortmunder Unternehmenskultur wird?
- Achtet die Dortmunder Wirtschaftsförderung darauf, dass von ihr unterstützte Unternehmen tarifgerecht zahlen?
- Welche Anstrengungen unternimmt die Stadt, um den Arbeitnehmer*innen in Dortmund ein Auskommen mit dem Einkommen, nicht nur in ihrem aktiven Erwerbsleben sondern gerade auch im Alter zu ermöglichen?

Masterplan für „Gute Arbeit“

Gute Arbeit im Einzelhandel

Durch die Veränderungen des Einzelhandels und den massiven weiteren Ausbau des Online Versandhandels, schließen immer mehr, teilweise über Generationen geführte, Geschäfte. Viele der ehemaligen Einkaufsstraßen in den Stadtbezirken sind in akuter Verödungsgefahr. Die Weiterentwicklung des Einzelhandelskonzepts ist sowohl für die Versorgung der Bürger*innen, als auch für die Beschäftigten dringend erforderlich. Die Ausdehnung der Öffnungszeiten und der verkaufsoffene Sonntag ist für den DGB Dortmund keine Option! Im Gegenteil: Die DGB Gewerkschaften erwarten von der Stadt, dass sie ihre Kontrollpflicht konsequent umsetzt.

Eine Sortimentsänderung in der Thiergalerie lehnt der DGB ab. Damit würden die Kaufhäuser in der City einen noch größeren Druck ausgesetzt. Hier ist der Erhalt der vorhandenen Arbeitsplätze vor die Ansiedlung neuer Anbieter in der Thiergalerie zu stellen. Gemeinsam mit der Stadt Dortmund kämpfen wir um den Erhalt von Galeria Karstadt Kaufhof und Karstadt Sport.

Klima und Arbeit

Die Umsetzung von Klimaschutz beginnt in den Kommunen. Der Klimaschutz hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche einschließlich der Arbeitsplätze. Für den DGB Dortmund ist der Klimaschutz immer mit einer sozialen Dimension zu verbinden. Gute Arbeit hat daher gerade im Klimaschutz eine besonders große Bedeutung, die bei der Umstrukturierung nicht aus den Augen verloren werden darf.

Dortmund hat hier schon Anstrengungen unternommen. Wir unterstützen solche Anstrengungen, wenn am Ende dieser Entwicklung gute Jobs, aber auch gute Ideen zur Nachhaltigkeit stehen. Die unumgängliche Transformation der Energiewirtschaft muss weiterhin durch Initiativen wirksam flankiert werden.

Masterplan für „Gute Arbeit“

Digitalisierung für den Menschen und Beschäftigten

Mit Hilfe der Digitalisierung sollen Lebensbereiche und Prozesse effektiver und schneller oder sogar neu erschaffen werden. Für den DGB Dortmund ist der Anspruch an diesen Prozess klar: Bei allen Aktivitäten der Stadt Dortmund muss die Digitalisierung für den Menschen im Mittelpunkt stehen. Er muss Subjekt des Prozesses sein und darf nicht zum Objekt zur Datengenerierung werden, dafür hat die Stadt Sorge zu tragen. Alle städtischen Initiativen müssen unter der Prämisse stehen Ungleichheit abzubauen und Fremdbestimmung zu verhindern. Transparenz und Bürgerbeteiligung sind unerlässlich. Die Beschäftigten in der Verwaltung und den kommunalen Unternehmen sind in alle mit der Digitalisierung verbundenen Prozesse einzubeziehen. Die Charta zur Digitalisierung der Stadt Dortmund gibt einen guten Rahmen vor. Digitalisierungsprojekte und die dazu notwendige Infrastruktur müssen Teil der Daseinsvorsorge in Dortmund sein und der öffentlichen Gestaltung und Kontrolle unterliegen. Die Frage was, zu welchem Zweck und wie digitalisiert wird, darf nicht Privaten überlassen bleiben. Auch die Frage nach den Arbeitsbedingungen, dem Ressourcenverbrauch und den ökologischen Auswirkungen müssen Berücksichtigung finden.



Gleichstellung in der Bildung

Die Qualität frühkindlicher Bildung ist der erste entscheidende Baustein in der Bildungsbiografie von Kindern. Chancengleichheit erfordert die Stärkung dieser, durch einen bedarfsgerechten Ausbau und eine Qualitätsentwicklung von Kindertageseinrichtungen und der Offenen Ganztagschule (OGS), die sich am Bedarf der Kinder und Eltern orientiert, sowie ausreichendes pädagogisches Fachpersonal. Prekäre Beschäftigung muss im gesamten Bildungsbereich von der Betreuung über die Verpflegung bis zu den Lehrenden vermieden werden.

Gute Bildung braucht gute Räumlichkeiten. Investitionen in die Sanierung der Gebäude mit allen Gewerken einschließlich der digitalen Infrastruktur durch städtische Projektgesellschaften schaffen Aufschwung für das regionale Bauwesen und sichern gute Lehr- und Lernbedingungen.

Kommunal zu finanzierende soziale und psychologische Fachkräfte sind für alle Schulformen nötig. Die Berufskollegs sind als Partner und Lernort für die duale Ausbildung zu stärken. Von FabLabs und 3-D-Druckern können die Ausbildung und Handwerksbetriebe profitieren.

Die Talentförderung unabhängig von der Herkunft muss weiter gestärkt werden, weil in unserer Region besonders viele Jugendliche leben, die ungünstige Voraussetzungen für Bildungserfolge mitbringen.

Dortmund ist eine Stadt der Vielfalt und der Zuwanderung, dem hat auch die Bildungslandschaft zu entsprechen hat. Sie hat auf die steigen Zahlen in den Bildungseinrichtungen zu reagieren. Diese Reaktion muss sich an den Anforderungen der Stadtteile und sozial Räume orientieren. Schon jetzt zeigen sich wachsende Bedarfe nach neuen Grundschulen in einzelnen Stadtteilen ab. Im Übergang zu den weiterführenden Schulen werden bis Mitte dieses 20iger Jahre zwischen 5.500 bis 6000 Schülerinnen und Schüler erwartet, gegenüber durchschnittlich 4.500 bis 5000 in diesem Jahrzehnt.



Gleichstellung in der Bildung

Angesichts des klaren Elternwunsches nach einer Schule, die ihren Kindern einen qualifizierten Schulabschluss ermöglichen, sind Gesamtschulen und Gymnasium die erste Priorität bei der Schulformwahl. Die heutigen Kapazitäten reichen dafür nicht aus. Das gegenwärtige Festhalten an die diversen Schulformen hat nichts mit Vielfalt, sondern mit Unübersichtlichkeit zu tun. Das gegliederte Schulsystem fördert Selektion und Segregation. Dortmund braucht mehr gemeinsames Lernen, in jedem Stadtteil muss es ein Angebot für das gemeinsame Lernen durch eine Gesamtschule geben. Aktuell bedeutet dies, dass jeweils eine Gesamtschule in Aplerbeck und Ewing neu gebaut werden sollten. Für die Sekundarschule Westerfilde muss schnellstens ein Konzept der Erneuerung in eine Gesamtschule entwickelt werden.

Die Bildungslandschaft Dortmund kann nur dann die qualitativen Anforderungen erfüllen, wenn Bildung auf Basis guter Arbeitsbedingungen erfolgt. Dies gilt für den Bereich der frühkindlichen Bildung genauso wie für Schule und Hochschule oder den Bereich der Weiterbildung. Multiprofessionellen Teams sind das Zukunftsmodell einer qualitativen Bildung, sie bedürfen aber klaren Strukturen und Zuständigkeiten. Die Grundlage der Beschäftigung im Bildungsbereich muss Langfristigkeit und Stabilität sein, und nicht die prekäre Beschäftigung oder die befristete Projektfinanzierung. Die Attraktivität des Arbeitsplatz Bildung hängt auch davon ab, dass es ein guter Arbeitsplatz ist, unabhängig davon, ob es sich um die Schulbegleitung in der Inklusion handelt, die pädagogische Arbeit in Kita und Schule oder die wissenschaftliche Arbeit an der Hochschule.



2019 war ein Rekordjahr, der Dortmunder Flughafen war auf dem besten Weg, finanziell auf eigenen Beinen zu stehen. Im Zusammenhang mit der Corona-Krise brach der Linienflugverkehr dann um über 95 Prozent ein.

Standortsicherung in Dortmund



Thomas Stegmann

„Ich arbeite am Flughafen in Dortmund und vertrete als Betriebsrat die Interessen der dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Durch den Zusammenbruch des Flugverkehrs weltweit in der Corona-Krise ist der Flughafen in seiner Existenz bedroht. Hier arbeiten aber mehr als 400 Beschäftigte, die ihre Familien ernähren müssen. Wir alle haben Angst um unsere Arbeitsplätze. Auch wir wollen wieder arbeiten, auch wir brauchen eine Zukunft. Ich wünsche mir, dass der Flughafen wegen der Krise nicht auf der Strecke bleibt.“

Für den DGB und seine Gewerkschaften sind damit auch folgende Fragen verbunden:

- Wird sich die Stadt Dortmund auch zukünftig klar zu ihrem Flughafen bekennen?
- Ist die Stadt willens den Flughafen weiter zu unterstützen?
- Ist der Erhalt der Arbeitsplätze am Flughafen garantiert?

Forderungen des DGB Dortmund

Mobilität für alle

Ziel muss es sein, den Verkehr zukünftig CO2-neutral zu gestalten und gleichzeitig bezahlbare Mobilität in guter Qualität zu ermöglichen. Im Öffentlichen Personennahverkehr sind die Taktzeiten und die Preisgestaltung so zu reformieren, dass der Umstieg vom Auto bequem und bezahlbar wird. Schienenstrecken sind auszubauen, Trassen planerisch zu sichern.

Abfahrtszeit	Linie	Abfahrtsort	ZIEL Destination
13:47	S 2	Do-Mengede - C-Roxel Hbf	Herne Iserlohn
13:53	RB 53	Do-Hörde - Schwerte	Minden (Westf) Solingen Hbf
13:55	RE 6 (RRX)	Kamen - Hamm (Westf) Hbf	Hamm (Westf) Hbf Witten Hbf
13:56	S 1	Do-Dortfeld - Bochum Hbf	Düsseldorf Hbf Soest
13:59	RE 3	Do-Schernhorst - Kamen	Köln/Bonn Aachen Hbf
14:00	S 5	Do-Barop - Do-Kruckel	Düsseldorf Hbf Essen Hbf
14:03	RE 3	Do-Mengede - Gelsenkirchen Hbf	
14:04	RB 59	DD Signal Iduna Park - Holzwickede	
14:06	RE 6 (RRX)	Bochum Hbf - Duisburg Hbf	
14:08	RE 4	Witten Hbf - Hagen - Wuppertal Hbf	
14:10	ICE 640	Essen Hbf - Duisburg Hbf	
14:11	S 1	Do-Dortfeld - Do-Universität	

Ein Sozialticket, das diesen Namen verdient muss durch die Stadt und das Land unterstützt werden. Der Radverkehr ist zu stärken, probeweise auch mit POP-UP-Lanes, bis das Netz ausgebaut ist. Fahrradwege sind in erforderlicher Breite und sicher auszubauen; Abstellanlagen mit Bügel und Überdachung zu schaffen.

Gerade in den Außenbereichen Dortmunds muss die Vernetzung im ÖPNV verbessert werden. Intelligente Verknüpfungen zwischen den vorhandenen Verkehrsträgern (Bus, Bahn, Taxi, Fahrrad, Füße) und Mobilitätsangebote (Leih-Fahrräder, Leih-Roller, Stadtteilautos, etc.) sind zu entwickeln, um die Bewältigung täglicher Strecken mit multimodaler Nutzung verschiedener Angebote einfach, schnell, kostengünstig und leicht verständlich zu ermöglichen. Eine App, die alle Angebote bündelt und Leistung wie auch Abrechnung aus einer Hand ermöglicht, könnte eine sinnvolle Lösung sein, die mindestens für das gesamte Ruhrgebiet, besser aber für ganz NRW nutzbar sein sollte. Der DGB begrüßt die verstärkte Zusammenarbeit des ÖPNV in der Ruhrmetropole.

Elektromobilität ist in Dortmund weiterzuentwickeln, aber auch mit der Betrachtung des ökologischen Fußabdrucks. Das alleinige setzen auf Elektromobilität wird nicht die Lösung der Klima und Verkehrsproblem sein.



Bezahlbarer Wohnraum

Gemeinsam mit dem Netzwerk „arm in Arm“ fordert der DGB Dortmund, die Situation Wohnungsmarkt zu verbessern. Der Markt wird enger und die Mieten steigen, guter und bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit kleinem Geldbeutel wird immer knapper. Nach Berechnungen der Stadt Dortmund haben rund 50 % der Haushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Insbesondere Armut, besondere Lebenssituationen oder Diskriminierung erschweren es, eine passende und bezahlbare Wohnung zu finden und auch anmieten zu können. Gleichzeitig geht die Zahl der geförderten und preisgebundenen Wohnungen immer weiter zurück. Die neu geförderten Wohnungen im Neubau und in der Bestandsförderung können den Rückgang aktuell nicht aufhalten, geschweige denn die Zahl wieder erhöhen. Die Bemühungen für den kommunalen Wohnungsbau sind über drei 2015/16 ins Leben gerufene Projekte nicht hinausgekommen. Zugleich gehören über 45.000 Wohnungen, die früher im Eigentum öffentlicher oder früher gemeinnütziger Wohnungsunternehmen waren, heute Finanzinvestoren oder börsennotierten Wohnungsunternehmen.

Nötig ist eine Offensive bei der Schaffung von sozialem und günstigem Wohnungsbau für kleine und mittlere Einkommen und beim Ausbau von Studierenden- und Azubi-Wohnheimen, sowie eine Sozialgerechte Bodennutzung. Öffentliche Flächen sollten vorrangig in Erbpacht vergeben werden, um Spekulationsobjekte zu verhindern und langfristig Planungshoheit zu behalten. Auch der Schutz und die Sicherung von bezahlbarem Wohnraum muss Aufgabe in Dortmund werden, z. B. durch Milieuschutz oder die Sicherung kommunaler Vorkaufsrechte. Viele Menschen in Dortmund haben aus unterschiedlichen Gründen keinen Zugang zu Wohnraum. Dieser ist durch die Stadt zu sichern und schaffen.

Die energetische Sanierung ist unter Wahrung sozialer Standards voranzutreiben. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften haben strategische Bedeutung für die Stadtentwicklung und den Mietpreisspiegel. Nur bei einer niedrigen ortsüblichen Miete kann die Mietpreissbremse wirken.



Wohnen in Dortmund

In Dortmund haben rund 50 % der Haushalte Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein. Die Zahl der geförderten und preisgebundenen Wohnungen geht immer weiter zurück. Demgegenüber gehören 45.000 Wohnungen, die früher im Eigentum öffentlicher oder früher gemeinnütziger Wohnungsunternehmen waren, heute Finanzinvestoren oder börsennotierten Wohnungsunternehmen.

„Ich bin Metallerin und lebe und arbeite mein Leben lang in Dortmund. Als Betriebsrätin sind mir die facettenreichen Wohnvarianten dieser Stadt wohl bekannt. Um es für BürgerInnen wieder attraktiv zu machen, in Dortmund zu leben, müssen Wohnungen in Dortmund vorrangig bezahlbar sein. Sozialer und günstiger Wohnungsbau für kleine und mittlere Einkommen ist dabei genauso wichtig, wie Wohnraum für Studierende und Azubis. Entsprechend gute Anbindungen an ÖPNV und Einzelhandel sind für mich selbstverständlich. Bei dem Schritt in eine gute Zukunft für Dortmund dürfen ältere Menschen und somit barrierefreies Wohnen nicht vergessen werden. Dortmund ist es wert.“



Kirstin Zeidler

Für den DGB und seine Gewerkschaften sind damit auch folgende Fragen verbunden:

- In welchem Umfang werden Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft (DSG) und/oder DOGEWO21 in den kommenden Jahren sozialgebundenen Wohnraum schaffen?
- Können mit DOGEWO21 und der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft auch kurzfristig Regelungen zur Begrenzung von Mieterhöhungen im Bestand und bei Neuvermietungen getroffen werden?
- Wie reagiert die Stadt vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung auf die verstärkte Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen und einem besonderen Bedarf an Versorgungssicherheit und sozialen Einrichtungen in den Stadtteilen?

Gleichstellung der Geschlechter

In den Gremien der Kommunalpolitik und den kommunalen Gesellschaften ist eine geschlechtergerechte Beteiligung von Frauen und Männern in Führungsfunktionen umzusetzen.

Kommunale Gleichstellungspolitik zeigt sich in ausreichenden personellen Kapazitäten für Gleichstellungsstellen, Unterstützung für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf, aber auch in ausreichenden Kinderbetreuungseinrichtungen mit langen Öffnungszeiten und genügend Pflegeplätzen. Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf muss in Verwaltung und Gesellschaften vorbildlich gelöst sowie die Voraussetzungen für alle berufstätigen Eltern erfüllt werden.

Eine geschlechtergerechte Sprache heißt nicht, dass alle Geschlechter bei männlicher Sprache mitgemeint sind. Denken und Handeln gehören zusammen und prägen künftige Generationen. Geschlechtersensible Politik wird umgesetzt in Erziehung, Schule und Berufsorientierung mit dem Ziel, jungen Menschen frei von Rollenklischees die Entfaltung ihrer individuellen Kompetenzen und Neigungen in der Ausbildung und im Beruf zu ermöglichen.

Die aktive Arbeit der Gleichstellungsstelle der Stadt und in der Wirtschaftsförderung in Dortmund ist auch in Zukunft dringend notwendig. Sie darf nicht – wie in der Wirtschaftsförderung – abhängig sein von der Co-Finanzierung des Landes. Die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen muss ausgebaut und sichergestellt werden.



Aktive Gesundheitspolitik

Gute Arbeit in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, sowie eine hochwertige Versorgungsqualität für die Patient*innen und Bewohner*innen müssen auch durch die Kommune sichergestellt werden. Diese Lehren sollten wir spätestens durch Corona-Pandemie gezogen haben, die Pflege ist systemrelevant. Dabei geht es insbesondere um die Einhaltung von Hygieneschutz, Arbeitssicherheit, Stärkung der ambulanten Pflege im Quartier, ausreichend Plätze in der Tages- und Kurzzeitpflege, sowie verstärkte Ausbildung von Pflegekräften.

Ganz besonders wichtig ist es, endlich für ausreichend (Pflege-) Personal zu sorgen. Dazu müssen verbindliche Personalstandards festgelegt werden, die sich an den Bedarfen der Patient*innen statt an ökonomischen Kennziffern orientieren. Nur so können eine hohe Versorgungsqualität für die Menschen und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten erreicht werden. Privatisierungen sind zu stoppen, denn die Gesundheit wird bei privaten Gewinninteressen zur Nebensache.



Altenpflege in Dortmund

In der größten Berufsgruppe im Gesundheitswesen sind die Arbeitsanforderungen außerordentlich hoch: psychischer Stress, Rückenbeschwerden, häufiges Heben und Tragen schwerer Lasten. Mehr als viermal so häufig wie in anderen Berufen geraten die Altenpflegekräfte in emotional belastende Situationen. Alten- und Krankenpfleger*innen fühlen sich etwa doppelt so häufig wie andere Erwerbstätige angesichts ihrer Arbeitsmenge überfordert.

„Mein Beschäftigungsfeld ist seit Jahrzehnten der Altenpflegebereich. Ich habe das Glück in einem Unternehmen zu arbeiten, welches Tariflohn zahlt. Das ist in der Altenpflege nicht selbstverständlich. Oftmals sind es Frauen, die nur einen Teilzeitjob bekommen, weil „die Köpfe“ zählen und eine enorme Flexibilität in der Personalplanung gefordert ist. Das ist unser Hauptproblem. Seit Jahren sagen wir Pflegekräfte, dass die Arbeit nicht zu schaffen ist. Nun haben wir es wissenschaftlich fundiert durch eine Studie schwarz auf weiß: Es wird ca. 40% zu wenig Personal eingesetzt!“



Barbara Granseuer

Für den DGB und seine Gewerkschaften sind damit auch folgende Fragen verbunden:

- Ein gesetzliches Personalbemessungssystem sollte 2020 eingerichtet werden. Wann wird damit begonnen, wann wird danach gehandelt?
- Welche kurz- und mittelfristigen Maßnahmen sind vorgesehen, um die Versorgungsqualität in Pflegeeinrichtungen und ambulanten Diensten sicherzustellen?
- Werden in Dortmund genügend Fachkräfte ausgebildet um den eigenen Bedarf zu decken? Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um die Attraktivität der Ausbildung und der Arbeitsplätze zu steigern?

Kommunale Finanzen sichern

Die Finanzen der Städte im Ruhrgebiet sind besonders von hohen Sozialausgaben und niedrigen Steuereinnahmen geprägt. Der jahrzehntelange Strukturwandel hat für die Bevölkerungszahl zu wenig Arbeitsplätze und hohe Arbeitslosenquoten zur Folge. Der Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland muss hergestellt werden. Der Rat setzt sich dafür ein, dass der Bund die sozialen Transferkosten komplett übernimmt. Das Land NRW muss ergänzend zum Bund die Altschulden schultern. Sowohl das Problem der Altschulden als auch die absehbaren neuen Belastungen der Kommune durch die Corona-Epidemie dürfen nicht wie in der Vergangenheit durch Kürzungen in der Daseinsvorsorge und der kommunalen Verwaltung gelöst werden. Ganz im Gegenteil, wir brauchen Investitionen in Mobilität, Bildung, Klimaschutz und Gesundheitswesen. Gegen die Krise anzusparen heißt die Krise zu verschärfen.



Die soziale, sportliche und kulturelle Infrastruktur der Städte muss gesichert und ausgebaut werden. Die Qualität der Lebensbedingungen hängt davon ab. Ohne Büchereien, Musikschulen und Schwimmbäder, ohne Jugendzentren, Altenbegegnungsstätten, Theater und Festivals verkümmern Netzwerke und Menschen. Sparmaßnahmen schneiden ins eigene Fleisch. Denn Kultur, Sport und Soziales wirken präventiv, fördern Gesundheit und demokratische Strukturen. Diese Form der Lebensqualität ist ein wichtiger Standortfaktor zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften.



Kultur in Dortmund

Die „Corona-Krise“ hat viele Dortmunder Schriftsteller*innen und Kulturschaffende, die als Solo-Selbstständige und Freelancer unser Kulturleben mitgestalten, besonders hart getroffen. Weil die meisten von ihnen prekär leben, sind sie und ihre Familien wegen abgesagter und ausgefallener Lesungen und Auftritte existenziell bedroht.

*„Ich stehe hier stellvertretend für die vielen freien Dortmunder Kulturschaffenden, die sich und ihre Familien schon in „normalen“ Zeiten nur mühsam durch den Monat bringen. Oft geht das nicht ohne staatliche Hilfen. Ich wünsche mir sehr, dass die Stadt unseren Künstler*innen schnell und unkompliziert hilft, um die katastrophalen finanziellen Auswirkungen der „Corona-Krise“ abzumildern. So könnte zum Beispiel auf die Rückforderung von öffentlichen Geldern / Honoraren bei ausgefallenen Veranstaltungen verzichtet werden.“*



Thorsten Trelenberg
Foto: Brigitta Nicolas

Für den DGB und seine Gewerkschaften sind damit auch folgende Fragen verbunden:

- Welche kurz- und mittelfristigen unbürokratischen Hilfestellungen realisiert die Stadt, damit die Dortmunder Kulturlandschaft nicht irreparabel beschädigt wird?
- Wird sich die Politik, also die öffentliche Hand, als Teil der Stadtgesellschaft für den Erhalt einer freien, lebendigen und vielfältigen Kultur einsetzen?
- Wer die Kultur als Grundnahrungsmittel einer freien und demokratischen Gesellschaft für morgen erhalten will, muss sich heute dafür einsetzen. Welche Ideen und Möglichkeiten hat die Stadt, um diesen Prozess zu gestalten?

Sicheres Leben und Daseinsvorsorge

Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen allen Menschen zu fairen Preisen zugänglich sein. Gemeinwohlorientierung muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben.

Die Bereiche der öffentlichen Verwaltung, der Energie- und Wasserversorgung, im ÖPNV, aber auch die Bereiche Bildung und Gesundheitsvor- und -fürsorge und auch Pflege bieten enormes Potential an qualifizierten Arbeitsplätzen. Der Begriff „Held*innen des Alltags“ darf hier durchaus ernst genommen werden, um nicht nur mit Applaus, sondern mit tarifgebundener Bezahlung und guten Entwicklungsperspektiven diese Bereiche attraktiver auszugestalten. Das wäre echte Anerkennung für diese wichtigen Tätigkeiten. Hierzu zählt auch, dass sich Dortmund für die Einhaltung der Personaluntergrenzen im Gesundheitsbereich ausspricht, statt dafür zu plädieren diese auszusetzen.

Mit den Ordnungspartnerschaften zwischen Polizei und Ordnungsamt hat Dortmund ein Modell, im dem beide Institutionen sich bei Maßnahmen gegenseitig unterstützen und durch Kompetenzen des jeweils anderen miteinander gute Synergien erzielen. Die Ordnungspartnerschaften sind ein Erfolg für die Stadt. Sie müssen durch Personalaufstockung gestärkt werden.



**Arbeiten und Leben
in Dortmund**

Im April 2020 belief sich die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen auf 35.450. Das sind 2.746 Menschen oder 8,4 Prozent mehr als im März und 14,2 Prozent mehr als vor einem Jahr.

„Ich arbeite und lebe in Dortmund. Dortmund ist meine Heimat und ich bin gerne in der Stadt unterwegs. Ich hoffe, dass ist auch nach der Corona Krise wieder möglich. Ich wünsche mir, dass Dortmund aktiv wird und sich nach der Krise stark engagiert. Dass wir die verlorenen Arbeitsplätze aufgrund der Krise zurück bekommen und lokale Unternehmen gestärkt werden um wirtschaftlich wieder aktiv sein zu können. Das Dortmunderinnen und Dortmunder wieder in ihre Cafés, Restaurant und Kneipen gehen können.“



Olaf Schlienkamp

**Für den DGB und seine Gewerkschaften
sind damit auch folgende Fragen verbunden:**

- Welche Zukunftspläne für ein neues Wirtschaftswachstum existieren, was wird gegen die gestiegene Arbeitslosigkeit getan?
- Wie werden lokale Unternehmen gefördert, wie wird der Einzelhandel stimuliert?
- Wie wird die Digitalwirtschaft gefördert, wird der Breitbandausbau beschleunigt?

Stärkung der Demokratie



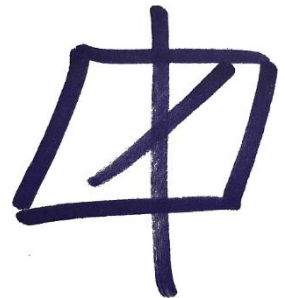
Demokratie braucht Zusammenhalt. Dieser entsteht durch Teilhabe und Mitbestimmung. Deshalb sind alle Einwohner*innen stärker an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Hass und Gewalt in sozialen Medien und auf der Straße brauchen entschiedenen Widerstand. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus müssen eine Null-Toleranz-Politik erfahren. Deshalb lehnen die Gewerkschaften eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit Parteien wie der AfD ab, die die demokratischen Gremien nur nutzen, um die Demokratie zu gefährden.

Wählen gehen!

Bei aller notwendigen Auseinandersetzung in Sachfragen der Kommunalpolitik fordern wir die kommunalpolitisch Tätigen auf, gegenseitigen Respekt zu zeigen und Kritik konstruktiv und nicht persönlich herabsetzend zu formulieren. Wir als Bürger*innen der Stadt können uns in Diskussionen aktiv einbringen. Die Stadt bietet z.B. mit „Nordwärts“ viele Möglichkeiten. Durch unsere Wahlbeteiligung können wir aktiv auf die kommunalpolitische Ausrichtung in Dortmund Einfluss nehmen.

Kommunalpolitiker*innen übernehmen Verantwortung für das Gemeinwesen und sind ehrenamtlich unter großem Zeitaufwand neben Beruf und Familie tätig. Dafür verdienen Politiker*innen wie ehrenamtlich Tätige in Sportvereinen, Gewerkschaften, Kirchen und sozialen Organisationen Respekt und Anerkennung. Auch in der momentan durch die Corona-Pandemie ausgelösten Krise sind wir zu solidarischem Handeln aufgefordert! Deshalb achten Sie auf Ihre Sprache und Ihr Handeln und seien Sie Vorbild für eine Kultur der Achtsamkeit, der Kritik, der Solidarität und des Respekts!



Bildnachweis:

Titelbild: DGB/colourbox.com; Seite 2: DGB/vapi/123RF.com;
Seite 3: DGB; Seite 4: MediaPool-Jena; Seite 5: Privat; Seite 6: DGB
Seite 7: DGB/carmelel/tcm-fotografie; Seite 8: Privat;
Seite 9: DGB/colourbox.com; Seite 10: DGB; Seite 11: Privat;
Seite 12: DGB; Seite 13: DGB/Simone M. Neumann; Seite 14: DGB;
Seite 15: DGB/colourbox.com; Seite 16: Privat; Seite 17: DGB;
Seite 18: DGB; Seite 19: Privat; Seite 20: DGB;
Seite 21: DGB/Simone M. Neumann; Seite 22: Privat;
Seite 23: DGB/Pop Nukoornat/123RF.com; Seite 24: Privat,
Seite 25: DGB; Seite 26: Privat; Seite 27: DGB;
Seite 28: Stadt Dortmund



V.i.S.d.P. Jutta Reiter, Geschäftsführerin
DGB-Region Dortmund-Hellweg
Ostwall 17-21, 44135 Dortmund



IG Bau-Agrar-Umwelt
Bezirksverband Bochum Dortmund
Kreuzstraße 22, 44139 Dortmund
Tel.: 0231/123027, Fax: 0231/136092
dortmund@igbau.de



IG Bergbau, Chemie, Energie
Bezirk Dortmund-Hagen
Alte-Hattinger-Str. 19, 44789 Bochum
Tel.: 0234/3190, Fax: 0234/319137
bezirk.dortmund-hagen@igbce.de



Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft
Geschäftsstelle Dortmund
Westenhellweg 124-126, 44137 Dortmund
Tel.: 0231/28863250, Fax: 0231/288632515
dortmund@evg-online.org



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Dortmund
Luisenstraße 30, 44137 Dortmund
Tel.: 0231/148881, Fax: 0231/146020
gewdortmund@t-online.de



IG Metall
Verwaltungsstelle Dortmund
Ostwall 17-21, 44135 Dortmund
Tel.: 0231/577060, Fax: 0231/5770635
dortmund@igmetall.de



Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
Region Dortmund
Ostwall 17-21, 44135 Dortmund
Tel.: 0231/5579790, Fax: 0231/55797979
region.dortmund@ngg.net



Gewerkschaft der Polizei
Kreisgruppe Dortmund
Markgrafenstraße 102, 44139 Dortmund
Tel.: 0231/1327230, Fax: 0231/1321
dortmund@gdp-nrw.de



Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bezirk Westfalen
Königswall 36, 44137 Dortmund
Tel.: 0231/9130000, Fax: 0231/91300088
bz.westfalen@verdi.de

